

7.16 Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln – Perspektive für alle jungen Menschen schaffen

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019

1. Wir sehen die Welt auf dem Weg zu neuem Nationalismus und neuem Wettrüsten

Seit einigen Jahren hat sich die sicherheitspolitische Lage in der Welt und für Europa verschlechtert. Das Handeln von Staaten in internationalen Organisationen, das von respektvollem Miteinander, der Suche nach Konsens und Stabilität geprägt war, verliert an Effektivität. Die Politik der mächtigen Staaten wird zunehmend egozentrischer, nationalistischer und konfrontativer, die Gefahr eines neuen Wettrüstens ist hoch. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat lange Zeit keine Impulse zu Abrüstung und Rüstungskontrolle gegeben sowie keine einvernehmlichen Entscheidungen zur Legitimierung von Einsätzen zum Schutz vor Menschen vor massiven Verletzungen grundlegender Menschenrechte (responsibility to protect) getroffen. Zudem scheint die aktuelle Art internationaler Politik nicht geeignet, um den zahlreichen aktuellen überstaatlichen Herausforderungen des Friedens, z.B. Terrorismus, organisierte Kriminalität, Cyberangriffen, zerfallende Staaten und Bürgerkriegen zu begegnen.

2. Wir übernehmen Verantwortung für die Schaffung und die Gestaltung des Friedens

Solche Rückschritte auf dem Weg zum Frieden sind insbesondere für junge Generationen, die von Gewalt und Unfrieden betroffen sind, nicht hinnehmbar¹. Nur durch Frieden und Sicherheit wird Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Entwicklung und Selbstentfaltung ermöglicht, ihren Platz in der Welt zu finden - weltweit. Wir erheben unsere Stimme,

a) als Christ*innen: in der Verantwortung vor Gott und unseren Mitmenschen

Für uns Christ*innen ist der Auftrag, Frieden zu stiften und zu erhalten, grundgelegt im Lebensbeispiel Jesu und in der Zusage des eschatologischen² Friedens. Auf unsere Erde ist Frieden jedoch nie vollkommen erreichbar, sondern eine Aufgabe, um die dauerhaft gerungen werden muss. Maßstab und Ziel ist dabei die Garantie der Würde eines jeden einzelnen Menschen. Aufgrund dieser Würde vertreten wir ein umfassendes Verständnis von Gerechtigkeit, deren Kern die Garantie der universell gültigen Menschenrechte ist. Daraus leiten wir Prinzipien für die legitime politischen Verfasstheit der Staaten und der internationalen Institutionen sowie aller daraus resultierenden Organe und Initiativen zur Förderung des Friedens ab.³

Demnach ist Frieden, wie Menschen ihn politisch gewährleisten können, weit mehr als die Sicherheit, die durch Stärke und Gewalt geschaffen werden kann. Er impliziert eine Ordnung in einem Gebiet, die von den Menschen, die darin leben als gerecht akzeptiert und von den anderen Staaten respektiert wird. Auf der überstaatlichen Ebene wurden seit der Gründung der Vereinten Nationen vielfältige Organisationen zum Schutz des Friedens und der Menschen weltweit etabliert. Die Bandbreite reicht von internationalen Gerichtshöfen über politische Gremien bis hin zu Hilfsorganisationen. Inner- und zwischenstaatliche Konflikte sind politisch in den dazu geschaffenen nationalen, internationalen und supranationalen Institutionen sowie durch neutrale,

¹ Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen! Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2016.

² Endzeitlicher, von Gott gesprochener Friede.

³ Dienste für den Frieden - Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 1969.

verbindliche Rechtsprechung beizulegen. Das Gewaltmonopol in zwischenstaatlichen Konflikten ist an die Vereinten Nationen delegiert.⁴

b) als überzeugte Europäer*innen: wir kennen bessere Wege

Wir Europäer*innen haben in den letzten Jahrzehnten gelernt und erlebt, dass Frieden wertvoller und auch effektiver ist als nationales Sicherheitsdenken. Daher muss das ureigene Interesse der Staaten Europas und ihrer Gesellschaften sein, Friedensprozesse in und außerhalb Europas voranzutreiben. Nicht nur, weil wir unmittelbar von den Krisen und Konflikten betroffen sind. Sondern vielmehr deshalb, weil uns bewusst ist, dass wir in den Genuss einer solchen effektiven Entwicklung zu Frieden kommen. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges brauchte es die Erfahrungen des Zusammenwirkens der Gesellschaften: In der Wirtschaft und Politik, im Jugendaustausch, in der Bekämpfung der Kriminalität und der Verteidigung. Es brauchte anfangs sicherlich viel Mut, sich darauf einzulassen. Aber es war und ist eine Entwicklung, von der alle betroffenen Menschen seitdem in allen Belangen unglaublich profitieren durften. Als Friedensnobelpreisträgerin tragen die Europäische Union und alle ihre Staaten die Verantwortung dafür, dieses Verständnis von der Entwicklung und Etablierung von Frieden in der internationalen Politik vorzuleben und durchzusetzen.

Deshalb muss sich die Europäische Union als Friedensakteurin auf globaler Ebene definieren und aktiv einbringen. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass friedensschaffende Einsätze meist verspätet und überhastet mit militärischen Mitteln begonnen wurden. Leider waren diese oftmals nur die traurige Konsequenz, weil die Staaten viel zu lange wegsahen. Nur selten und ausschließlich in Verbindung mit vielfältigen anderen Unterstützungsmaßnahmen konnten diese überhaupt zu nachhaltiger Friedenskonsolidierung beitragen. Im Falle akuter, gravierender Bedrohungen grundlegender Menschenrechte ist es ohne Frage legitim, diese im äußersten Fall auch mit militärischen Mitteln zu schützen. Im Fall sich anbahnender Krisen braucht es vor allem eine frühzeitige, nachhaltige, erfolgsversprechende ethisch vertretbare Friedensstrategie. Diese beinhaltet in einem vernetzten Ansatz vorrangig Maßnahmen zum wirtschaftlichem Aufschwung, Bildungsarbeit, dem Aufbau einer besseren Verwaltung, Polizei und Justiz, durch Good Governance⁵, der zunehmenden Etablierung der grundlegenden Menschenrechte und der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Partizipation aller Menschen, der Stärkung der Zivilgesellschaft, dem Kampf gegen Armut und Klimawandel, sowie Versöhnungsarbeit. Der Weg zum Frieden ist immer ein Weg der Entwicklungszusammenarbeit, der Gerechtigkeit und der Versöhnung!⁶

3. Wir fordern konkrete Schritte für eine nachhaltige Friedenspolitik und mehr Sicherheit

Der BDKJ fordert eine aktive Friedenspolitik, die über die Krisen- und Konfliktbewältigung bis hin zur Friedenskonsolidierung und Konfliktnachsorgereicht und die verschiedensten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure mit ihren je eigenen Kompetenzen einbindet sowie eine effektive Koordinierung dieser Akteure übernimmt.

Frieden ist mehr wert !

Die Bundesregierung muss endlich das Versprechen des Koalitionsvertrags einlösen, „zusätzlich entstehende Haushaltsspielräume prioritär dazu nutzen, neben den Verteidigungsausgaben zugleich die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ausgehend von der Grundlage des 51. Finanzplans angemessen zu erhöhen im Verhältnis von eins zu eins beim Verteidigungshaushalt zu Ausgaben im Rahmen der

⁴ Deutsche Bischofskonferenz, Gerechter Friede, 2000, insbesondere, S.34-88.

⁵ <https://www.bmz.de/de/themen/goodgovernance/index.html>

⁶ Frieden fördern und Gestalten. Beschluss der BDKJ- Hauptversammlung 2002.

ODA-Quote (welche 0,7% des Bruttoinlandseinkommens insbesondere für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit veranschlagt, aber meist nicht erreicht).⁷ In den zukünftigen Haushaltsplanungen fordern wir darüber hinaus, dass die Ausgaben für die nicht militärischen Bereiche zur Friedensförderung stets höher veranschlagt werden als der Verteidigungsetat - unabhängig von der Höhe dieses Etats. Insbesondere muss die Bundesregierung den zugesagten Verpflichtungen zur Unterstützung der Vereinten Nationen und ihrer Hilfsorganisationen wie der UNHCR nachkommen und so vor allem jungen Generationen in Krisenregionen ein menschenwürdiges Leben, Teilhabe und Entwicklung ermöglichen.

Nachhaltige Entwicklungsziele konsequent umsetzen

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sind ein Garant für Frieden, wenn sie konsequent umgesetzt werden. Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die SDGs unter Einbezug aller Ministerien und der Zivilgesellschaft zum Leitfaden allen politischen Handelns zu machen.⁸

Militärische Einsätze dürfen nur äußerstes Mittel sein!

Zur Mandatierung militärischer Einsätze deutscher Streitkräfte außerhalb der Bündnisgebiete sowie deren Verlängerung soll zukünftig die Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments notwendig sein. Ziel ist, intensivere Debatten über die jeweiligen Ziele, Ausgestaltungen und Evaluationen dieser Einsätze zu erreichen. Damit soll sichergestellt werden, dass eine umfassende friedensschaffende Perspektive im Rahmen des vernetzten Einsatzes unterschiedlicher Maßnahmen stärker berücksichtigt und der zur nötigen politischen Wille und lange Atem in Regierung und Bevölkerung garantiert ist.

Waffenexporte aus der EU an Drittstaaten verbieten!

Wir verschärfen unsere Forderung, dass Exporte von Kriegswaffen und Munition in sog. Drittstaaten nicht mehr genehmigt werden. Insbesondere Kleinwaffen verbreiten sich nach einem legalen Waffenexport der Bundesregierung schnell unkontrollierbar in Konfliktgebieten und tragen erheblich zu Gewalteskalationen bei.⁹ Diese Forderung ist analog auch für die Produktionen in Auslandsstandorten deutscher Waffenfirmen umzusetzen. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass solche Restriktionen auch in den anderen Staaten der Europäischen Union debattiert und umgesetzt werden. Dies fordern wir, weil wir nicht aus diesem Grund weitere Schuld an der Verschärfung von Konflikten, gravierenden Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten, organisierter Kriminalität und Kriegen auf uns laden wollen.

Europäischen Sitz im Sicherheitsrat bewirken!

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass sich die Europäische Union als eine neue Macht für nachhaltige Friedenspolitik begreift. Dies muss in noch größerer Geschlossenheit stärker außen- friedens- und sicherheitspolitisch umgesetzt werden. Dazu muss ein ständiger Sitz der Europäischen Union im UN-Sicherheitsrat angestrebt werden. Die Vereinten Nationen müssen neue Wege finden, um auf Konflikte auch in Fällen von Uneinigkeit im UN-Sicherheitsrat auf legitime Weise reagieren zu können.

⁷ Koalitionsvertrag, Kapitel 12, S. 147; https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/index.html; sowie: Armutsbekämpfung muss verstärkt werden - Forderungen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2002.

⁸ Armutsbekämpfung muss verstärkt werden - Forderungen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2002.

⁹ Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen! Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2016

Abrüstung weltweit voranbringen!

Deutschland muss sich auf internationaler Ebene, insbesondere auch durch unser Engagement in den Vereinten Nationen, stärker für weltweite Abrüstung und für schärfere nationale Waffengesetze einsetzen. Wir fordern die Entwicklung neuer Rüstungskontrollverträge, die neben der Abschaffung von Massenvernichtungswaffen (sog. CBRN- Waffen) insbesondere den neuentwickelten Waffensystemen und Formen der Kriegsführung und den Möglichkeiten von Kommunikation und Kontrolle gerecht werden. Abrüstung beginnt in den Köpfen der Mitglieder einer Gesellschaft. Wir erwarten uns Impulse zur Schaffung neuer politische Möglichkeiten zur Legitimierung von Entscheidungen zur Beilegung von Konflikten und Entscheidungen zum Schutz von Menschen vor Gewalt, zur Konfliktprävention und -nachsorge sowie der Bekämpfung von organisierter Kriminalität insbesondere in einem vernetzten Ansatz mit vorrangig nichtmilitärischen Mitteln.

Begegnung für Frieden und Aussöhnung fördern, Jugend und Frauen* stärker beteiligen!

Wir fordern die Koordination von Programmen zu einer nachhaltigen Friedens- und Versöhnungsarbeit in Postkonfliktszenarien, über Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinaus mit Blick für Gerechtigkeits- und Versöhnungsarbeit. Frauen* sind bewusst und aktiv in den Friedensprozessen zu beteiligen; dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Stabilität bei Friedensprozessen¹⁰. Austauschprogramme für Jugendliche und junge Erwachsene sind finanziell stärker zu fördern, da sie sich als starke Wurzel des Friedens erwiesen haben.

Friedenspädagogik als obligatorischer Bestandteil schulischer Bildung

Gegenüber Kindern und Jugendlichen hat unsere Gesellschaft besondere Verantwortung. Sie sollen im Sinne der Friedenspädagogik von Beginn an lernen, dass es konstruktive und gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung gibt. Außerdem ist eine kritische Auseinandersetzung mit internationalen Kriegen und Konflikten sowie ziviler Konfliktbearbeitung für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Wir erachten daher die Implementierung der Friedenspädagogik als persönliche und politische Bildung als obligatorischen Bestandteil schulischer Bildung für unabdingbar.¹¹

4. Wir übernehmen Verantwortung für den Frieden in den Verbänden!

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, führen der BDKJ und seine Jugendverbände Gespräche und öffentliche Diskussionen mit Politiker*innen zu den genannten Forderungen durch. Darüber hinaus übernehmen die Verbände des BDKJ Verantwortung dafür, ihre Gliederungen für die friedensethischen Herausforderungen zu sensibilisieren.

Die demokratischen Strukturen der Jugendverbände, der wertschätzende Umgang mit Vielfalt und Diversität und nicht zu Letzt die gemeinsame Vision etwas bewegen zu können und dadurch zu einer Wertegemeinschaft zusammen zu wachsen, hilft Kindern und jungen Menschen zu verantwortungsvollen Bürger*innen heranzuwachsen. Diese Art von außerschulischer Bildung muss mehr Wertschätzung erfahren. Jugendbegegnungen sind wichtige Standbeine eines friedlichen Zusammenlebens. Deshalb verpflichten der BDKJ und seine Jugendverbände sich verstärkt an Jugendbegegnungen und entsprechenden Programmen zu beteiligen und diese Kindern und jungen Menschen zu ermöglichen. Schon jetzt setzen sich der BDKJ und alle Jugendverbände mit friedensethischen und Zusammenhalt stiftenden Aktionen ein, seien es die weltweiten Partnerschaften, die pädagogische Arbeit vor Ort oder auch das gemeinsame Ringen um

¹⁰ Frieden braucht Frauen! Beschluss der Bundesfrauenkonferenz 2013

¹¹ Damit die Welt zusammenhält. Gemeinsames Sozialwort der Jugend, 2016, S. 28f.



Veränderung in der Gesellschaft. Der BDKJ und seine Jugendverbände verpflichten sich, sich an der Ausgestaltung von Jugendbegegnungen und entsprechenden Programmen stärker zu beteiligen.